

Pressemitteilung
Kiel, 26.03.2010

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

LRH-Bericht: Der Taschenrechner ersetzt keine Politik

*Zum heute vorgestellten Ergebnisbericht 2010 des Landesrechnungshofs erklärt der finanzpolitische Sprecher der SSW-Landtagsfraktion, **Lars Harms**:*

„Der Bericht des Landesrechnungshofs zeigt, dass die Große Koalition beim Schuldenabbau vollkommen versagt hat. Insofern kann es nur besser werden. Im Gegensatz zum Landesrechnungshof halten wir die Haushaltsstrukturkommission aber nicht für das richtige Instrument, weil die Bevölkerung und das Parlament weder Einblick in noch Einfluss auf die Entscheidungsprozesse bekommen. Die Einbindung der Regierungsfractionen und des Landesrechnungshofs in dieses intransparente Verfahren bedeutet, dass die Schleswig-Holsteiner am Ende vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Wenn die Einsparungen mit der knappsten denkbaren Parlamentsmehrheit durchgezogen werden, ohne die von Kürzungen Betroffenen mitzunehmen und die Opposition einzubinden, fördert dies kaum das nachhaltige Verständnis für harte Einschnitte, das wir so dringend benötigen.“

Der Bericht des Landesrechnungshofs enthält viele wertvolle Hinweise für den kommenden Sparhaushalt. Der Vorschlag, das Landeszentrum für Datenschutz bis auf den Stamm zu stützen, zeigt aber exemplarisch, dass man mit dem Taschenrechner allein keine Politik machen kann. In den letzten Jahren erleben wir regelmäßig Skandale im Umgang mit persönlichen Daten der Bürger, die ohne einen starken Datenschutz vielfach nicht



aufgedeckt und aufgearbeitet werden würden. Vor diesem Hintergrund wären drastische Einschnitte beim Datenschutz, um einige Personalstellen zu sparen, viel zu kurzfristig gedacht.

Der SSW unterstützt gern eine Sparpolitik, die unser Land wieder auf Vordermann bringt, entscheidend ist aber, dass sie nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch Sinn macht. Nicht alles, was sich streichen lässt, ist auch überflüssig.“

